

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **10.** Sitzung des  
**des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses**  
(XIV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **31.03.2009**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)  
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 17:10 Uhr  
Der Vorsitz führte: Horst Fischer

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• CDU-Fraktion**

1. Herr Volker Bäumken
  2. Herr Lars Christoph
  3. Herr Karl-Heinz Ehms
  4. Herr Reinbert Eitz
  5. Herr Reiner Geroneit
  6. Herr Hermann Harig
  7. Frau Helga Hermanns
  8. Herr Friedrich Wilhelm Lutter
  9. Herr Harry Pfeifer
  10. Herr Franz-Josef Radmacher
  11. Herr Uwe Ritterstädt
  12. Herr Paul van Rennings
  13. Bertram Graf von Nesselrode
  14. Frau Birte Wienands
  15. Herr Dr. Christian Will
- Vertretung für Herrn Thomas Jung  
Vertretung für Herrn Gerhard Heyner  
abwesend
- Vertretung für Herrn Peter Esser  
Vertretung für Herrn Karl Heinz Schnitzler

#### **• SPD-Fraktion**

16. Herr Horst Fischer
17. Frau Ellen Gurmman
18. Herr Harald Holler
19. Herr Detlef Igné
20. Herr Alexander Jankowsky
21. Herr Erwin Popien
22. Herr Hans-Georg Schiffer

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 23. Herr Josef Kirberg
- 24. Frau Margarete Mehl

- **FDP-Fraktion**

- 25. Herr Walter Boestfleisch
- 26. Herr Rolf Kluthausen

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 27. Herr Peter Drüll Vertretung für Herrn Willibert Müller

- **Verwaltung**

- 28. Herr Christian Bromm
- 29. Herr Hans Graupner
- 30. Herr Helmut Lenzen
- 31. Herr Arnd Ludwig
- 32. Herr Karsten Mankowsky
- 33. Herr Johannes Nordmann
- 34. Herr Hans-Jürgen Petrauschke
- 35. Herr Klaus Schirm
- 36. Herr Franz Weber

- **Gäste**

- 37. Herr Kever Stadt- und Verkehrsplanungsbüro Kaulen,  
Aachen

- **Schriftführer/in**

- 38. Herr Hubert Lesaar

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
<b>Öffentlicher Teil:</b> .....		<b>4</b>
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Markierungslösungen zur Sicherung des Fahrradverkehrs außerorts am Beispiel der K 10 zwischen Noithausen und Barrenstein ..... - Vorstellung der Planung Vorlage: 66/731/2009 .....	4 4
3.	K 33n Anschlussstelle Dormagen - Delrath an der A 57..... - Sachstandsbericht - Vorlage: 66/722/2009 .....	7 7
4.	K 37 n Bahnübergangsbeseitigung Regiobahn ..... - Sachstandsbericht - Vorlage: 66/737/2009 .....	7 7
5.	Geplanter Umbau der Einmündung L 142/K7 Hochstadenstraße in Hoisten Vorlage: 66/723/2009.....	8
6.	Kreisentwicklungskonzept Vorlage: 66/732/2009.....	9
6.1.	Kreisstraßenbauprogramm 2009 Vorlage: 66/734/2009 .....	9
6.2.	Fortschreibung des Kreisstraßenbauprogramms für die Jahre 2010 - 2014 Vorlage: 66/733/2009.....	10
7.	Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/767/2009.....	11
	Beschluss:.....	12
8.	Mitteilungen Vorlage: 66/790/2009 .....	12
8.1.	Bericht aus Gremien VRR und KMN.....	12
9.	Anfragen .....	13

## Öffentlicher Teil:

### 1. **Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit**

#### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Fischer stellte die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ein sachkundiger Bürger des Ausschusses war noch zu verpflichten.

Ausschussvorsitzender Fischer verpflichtete den sachkundigen Bürger Herrn Harry Pfeifer, indem dieser die Verpflichtungsformel sprach und anschließend unterzeichnete.

### 2. **Markierungslösungen zur Sicherung des Fahrradverkehrs außerorts am Beispiel der K 10 zwischen Noithausen und Barrenstein** **- Vorstellung der Planung** **Vorlage: 66/731/2009**

#### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Fischer begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kever vom Stadt- und Verkehrsplanungsbüro Kaulen aus Aachen, der die Planung der Maßnahme vorstellen und erläutern werde.

Herr Kever stellte den Mitgliedern des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses anhand eines Powerpointvortrages die Planung der Maßnahme vor und erläuterte den aktuellen Sachstand des Pilotprojektes.

Die Planung ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Ausschussvorsitzender Fischer dankte Herrn Kever für seine Ausführungen und bat um Wortmeldungen.

Ausschussmitglied Boestfleisch äußerte Bedenken gegen die Schrägüberleitung vor dem Ortseingang Barrenstein. Er sei der Ansicht, dass hier ein rechtwinkliger Übergang geschaffen werden solle, damit der Radfahrer zum Absteigen gezwungen werde und niemand verleitet würde, vor dem Autofahrer schnell zu kreuzen.

Ausschussmitglied Graf von Nesselrode sagte, er habe zwar Sympathie für den Beschlussvorschlag, sei jedoch der Meinung, ob es nicht eine „Lightvariante“ gebe, wodurch noch Kosten eingespart werden könnten, da er die Kosten in Höhe von 325.000 € für 4 km als sehr hoch ansehe.

Kreisdirektor Petraschke stellte die Frage, warum man nicht versuche auf beiden Seiten einen Radweg anzulegen, da begegnende Fahrradfahrer auch nicht ohne Gefährdung seien, wenn viele Radfahrer unterwegs seien. Er fragte, ob dies sehr viel teurer wäre.

Herr Kever antwortete, dass man bei einem beidseitigen Radweg erhebliche Mehrkonfliktbereiche im Quer- und Längsverkehr habe und zudem die Variante teurer sei. Darüber hinaus bemerkte Herr Kever, dass am Ortseingang von Barrenstein zur Auflösung des Radweges sowohl eine rechtwinklige Überleitung (Zwang zum Absteigen) für den unsicheren Fahrradverkehr als auch eine Schrägüberleitung (fahrdynamisch zügige Lösung) für den sicheren Fahrradverkehr vorgesehen sei.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Christoph, ob es noch eine Lightvariante gebe, die kostengünstiger sei, antwortete Herr Kever, dass diese vorgestellte Markierungslösung die Lightvariante sei.

Ausschussmitglied Dr. Will führte aus, dass dargestellt worden sei, dass die Geschwindigkeit für LKW und PKW bei 70 km/h bzw. 100 km/h läge und auf einer Strecke von 4 km mit vielen Kreuzungen habe er kein Verständnis, dass dies so sein könne. Herr Kever antwortete, dass an den größeren Knotenpunkten die Geschwindigkeit auf 50 km/h reduziert sei.

Ausschussmitglied Graf von Nesselrode erklärte, dass er eine gewisse Unruhe bezüglich der Kosten in Höhe von 325.000 € spüre. Er sei der Auffassung, dass dies kostengünstiger gehen müsse. Man könne sicherlich bis zum Herbst seitens der Verwaltung hierzu Genaueres sagen.

Ausschussmitglied Holler meinte, dass es sich bei dieser Maßnahme um eine Pilotmaßnahme handele und er frage, ob es hierfür Landes- oder Bundeszuschüsse gebe.

Kreisbaudirektor Lenzen antwortete, dass man beim Büro Kaulen deswegen Rücksprache genommen hätte und signalisiert worden sei, wenn man morgen anfänge, es Zuschüsse geben könne. Dies sei jedoch unrealistisch, zumal noch Grunderwerb getätigt werden müsse.

Ausschussvorsitzender Fischer wies noch mal auf dem Beschlussvorschlag hin und fragte nach, ob vor der Beschlussfassung noch Diskussionsbedarf bestünde.

Ausschussmitglied Boestfleisch sagte, man habe zu der Maßnahme Änderungsvorschläge unterbreitet, die seines Erachtens überprüft werden sollten, weil er der Beratungsvorlage in dieser Form so nicht zustimmen könne.

Kreisdirektor Petraschke sagte hierzu, man habe gesehen, dass man unterschiedliche Auffassungen zu dieser Maßnahme haben könne. Dies sei der Entwurf des beauftragten Büros, der nicht konkret so umgesetzt werden müsse, wichtig sei nur, dass der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss sage, dass kein neuer Radweg, sondern diese Markierungslösung als Radweg gemacht werden solle. Über alle Vorschläge könne man auch mit der Stadt Grevenbroich noch sprechen. Alle diese Dinge würden noch einmal bedacht, jedoch müsse man auch voran machen und könne nicht bis November warten. Über Änderungen könnten sich die Abgeordneten jederzeit bei der Verwaltung informieren.

Ausschussmitglied Graf von Nesselrode sagte, dass die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und man könne die Maßnahme so nicht auf die Reise schicken. Notfalls könne man die Sache über den Kreisausschuss nachschieben, wenn die offenen Fragen gelöst seien. Auch sei noch zu klären, ob Zuschüsse beantragt werden könnten.

Kreisdirektor Petrauschke meinte, dass die Prüfung, ob man Zuschüsse bekomme, das Normalgeschäft der Verwaltung sei. Ob man hier Zuschüsse bekomme, wisse man nicht.

Ausschussmitglied Holler sagte, dass die SPD-Fraktion nicht befürworten könne, dass die Maßnahme auf die lange Bank geschoben würde. Es sei Eile geboten, vor allen Dingen um Landeszuschüsse zu bekommen.

Ausschussmitglied Dr. Will führte aus, dass noch in der Sache Beratungsbedarf bestünde. Die Maßnahme könne auch im Kreisausschuss entschieden werden, so dass man nicht auf den nächsten Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss warten müsse. Bei den Kosten habe er festgestellt, dass in dem Betrag von 325.000 € noch nicht die Grunderwerbskosten enthalten seien, so dass auch noch das gesamte Zahlenwerk für eine Entscheidung vorzulegen sei.

Kreisdirektor Petrauschke sagte, was den Beschluss anginge, nehme man die Maßnahme nur zur Kenntnis und werde zum nächsten, spätestens übernächsten Kreisausschuss versuchen, alle aufgetretenen Fragen zu beantworten.

### **NahStra/20090331/Ö2**

#### **Beschluss:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme K 10 Radweg von Grevenbroich – Noithausen (K 22) bis zum Ortseingang Grevenbroich - Barrenstein aus dem Anhang des Kreisstraßenbauprogramms herauszunehmen und als Baumaßnahme in das Erneuerungsprogramm 2010 einzustellen und im Rahmen der notwendigen Deckenerneuerung auf der K 10 umzusetzen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, alle notwendigen Schritte zur Realisierung der Pilotmaßnahme im Rhein-Kreis Neuss einzuleiten.

#### **Anmerkung der Verwaltung:**

1. Eine telefonische Anfrage beim Verkehrsministerium bzgl. nachträglicher Aufnahme dieser Maßnahme ins laufende Pilotprojekt und **Förderung** wurde negativ beschieden.
2. Eine beidseitige Anlage von markierten Radwegen ist nicht möglich, weil der vorhandene Straßenquerschnitt mit heute 12 m Breite nicht ausreicht. Selbst bei einer Reduzierung der geplanten Radwegbreite auf 2,0 m müsste die Fahrbahn für die zusätzlichen Trennstreifen und Radweg auf der anderen Seite um 2,25 m verbreitert werden. Die Baukosten hierfür dürften nicht wesentlich geringer sein als für die bauliche Anlage eines separaten Radweges.
3. Unter Berücksichtigung des geringen Grunderwerbs im Kreuzungsbereich erhöhen sich die geschätzten Kosten um ca. 5.000,00 € auf 330.000,00 €. Hierbei belaufen sich die umfangreichen Markierungsarbeiten lediglich auf ca. 85.000,00 €.

4. Hinsichtlich des gewählten einseitigen Lösungsvorschlags, der Angemessenheit der Kosten und der Notwendigkeit sowie Dringlichkeit der Maßnahme wird auf die als Anlage beigefügte Stellungnahme des ADFC verwiesen.

Nach Klärung dieser offenen Fragen kann somit nunmehr die Maßnahme in der nächsten Sitzung dem KA zur abschließenden Beschlussfassung vorgelegt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss fasste den Beschluss bei zwei Enthaltungen.

### **3. K 33n Anschlussstelle Dormagen - Delrath an der A 57 - Sachstandsbericht - Vorlage: 66/722/2009**

#### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Fischer fragte, ob die Verwaltung hierzu noch vortragen wolle.

Kreisdirektor Petrauschke führte aus, dass die K 33n ein unerquickliches Thema sei, über das in der Vergangenheit ständig berichtet worden sei. Das jetzt in Auftrag gegebene Gutachten brauche man, um in der Sache überhaupt weiterzukommen. Sollte das Gutachten keine zufriedenstellenden Lösungen anbieten, sei die Anschlussstelle seiner Meinung nach nicht realisierbar.

Ausschussmitglied Holler meinte, dass man nach vorne schauen müsse, damit umgesetzt würde, was man politisch wolle. Man müsse jetzt das Gutachten abwarten, um zu sehen, wie es danach weiterginge.

### **4. K 37 n Bahnübergangsbeseitigung Regiobahn - Sachstandsbericht - Vorlage: 66/737/2009**

#### **Protokoll:**

Leitender Verwaltungsdirektor Mankowsky sagte, dass in der Vorlage angekündigt sei, dass über die stattgefundenen Bürgerversammlung berichtet würde. Er führte aus, dass in der Bürgerversammlung seitens der Kreisverwaltung Herr Lenzen teilgenommen habe und er feststellen musste, dass sowohl von der Bevölkerung, als auch von einem angrenzenden Autohaus, das sich durch die Maßnahme etwas abgeschnitten fühlt, gegen die Planung Bedenken geäußert worden seien. Gleichwohl müsse man feststellen, dass dies eine Maßnahme der Stadt Kaarst sei. Die Stadt Kaarst werde sich in Kürze im Planungsausschuss mit der Bürgerversammlung befassen und im Lichte dieser Entscheidung werde man über die weitere Vorgehensweise entscheiden.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Mehl, wie viele Bürger gegen die Maßnahme gewesen seien, antwortete Kreisbaudirektor Lenzen, dass von ca. 300 anwesenden Mitgliedern 95 % gefordert hätten, dass die Gümppesbrücke und damit der Bahnübergang erhalten bleiben müsse. Dies sei eine Forderung, die sich mit der Planung nicht verträge, weil, wenn ein Brückenbauwerk über eine Bahn gebaut würde, es zwingend sei, dass der Bahnübergang geschlossen würde, da ansonsten keine Fördermittel nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz bewilligt werden.

Ausschussmitglied Boestfleisch stellte die Frage, ob analog der Verlegung der Autobahnanschlussstelle in Dormagen auch eine Verlegung der Ausfahrt zwischen Krefeld und Köln südlich der L 390 möglich sei. Dies wäre eine Alternative, die vielen Wünschen der Bürger und der Wirtschaft von Holzbüttgen entgegen kommen würde.

Kreisbaudirektor Lenzen antwortete, dass man diese Variante vor vielen Jahren bereits favorisiert habe. Jedoch bei einem Gespräch mit dem damals zuständigen Landschaftsverband in Köln sei erklärt worden, dass dies nicht in Frage komme, weil dort bereits eine dichte Knotenpunktfolge gegeben sei. Ein Verschieben dieser Anschlussstelle sei ein Tabuthema gewesen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

### **NahStra/20090331/Ö4**

#### **Beschluss:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss fasste den Beschluss einstimmig.

## **5. Geplanter Umbau der Einmündung L 142/K7 Hochstadenstraße in Hosten** **Vorlage: 66/723/2009**

#### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Fischer verwies auf die Erläuterungen zu diesem Tagesordnungspunkt und bat um Wortmeldungen.

Ausschussmitglied Holler sagte, seine Fraktion habe sich mit der Maßnahme beschäftigt und stelle den Antrag, dass die vorgesehene Bushaltestelle bzw. der gegenüberliegende Buskap entfallen sollten, da dort nur zwei Kleinbusse hielten bzw. am Wochenende gar keine Busse verkehrten.



Der Antrag habe folgende Formulierung:

1. In der Entwurfsplanung für den geplanten Umbau der Einmündung L 142/K 7 Hochstadenstraße in Hoisten ist östlich des geplanten Kreisverkehrs in Fahrtrichtung Neuss eine „Wartefläche Busbucht“ für die Busse der Linie 878 des BVR vorgesehen. Auf die Errichtung dieser Wartefläche ist zu verzichten.
2. Weiterhin ist zu prüfen, ob auf das gegenüber der unter 1. genannten Wartfläche auf der anderen Seite der L 142 vorgesehene Buskap verzichtet werden kann, da der Aufwand in keinem Verhältnis zu dem Ertrag stehe.

Kreisdirektor Petrauschke sagte hierzu, dass man gerne dem zuständigen Landesbetrieb und der Stadt Neuss dies mitteilen werde, weil die Planungshoheit des Kreises hier nicht gegeben sei.

Ausschussvorsitzender Fischer fasste dann noch mal den Beschluss mit der Ergänzung zusammen, womit die Mitglieder des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses einverstanden waren.

### **NahStra/20090331/Ö5**

#### **Beschluss:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, für den Bau des Kreisverkehrs die erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen. Dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Stadt Neuss wird mitgeteilt, dass auf die vorgesehene Bushaltestelle und der gegenüberliegende Buskap verzichtet werden können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss fasste den Beschluss einstimmig.

## **6. Kreisentwicklungskonzept Vorlage: 66/732/2009**

### **6.1. Kreisstraßenbauprogramm 2009 Vorlage: 66/734/2009**

#### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Fischer verwies auf die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und bat um Wortmeldungen.  
Wortmeldungen lagen nicht vor.

**NahStra/20090331/Ö6.1****Beschluss:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss nimmt das Kreisstraßenbauprogramm 2009 zustimmend zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss fasste den Beschluss einstimmig.

**6.2. Fortschreibung des Kreisstraßenbauprogramms für die Jahre 2010 - 2014****Vorlage: 66/733/2009****Protokoll:**

Leitender Kreisverwaltungsdirektor Mankowsky führte aus, dass in dem Kreisstraßenbauprogramm für die Jahre 2010 – 2014 keine neuen Maßnahmen aufgenommen worden sind, sondern lediglich Verschiebungen vorgenommen wurden, die notwendig seien aufgrund des Standes der Baureife bzw. der Möglichkeit der Bezuschussung.

Ausschussmitglied Igné fragte, inwieweit beim Radweg K 10 zwischen Oekoven und Barrenstein aufgrund der Fünfjahresfrist eine Bezuschussung der Baumaßnahme gefährdet sei.

Kreisbaudirektor Lenzen antwortete, dass man zurzeit freihändigen Grunderwerb durchführe und von daher eine Förderung der Maßnahme in keinsten Weise beeinträchtigt werde, zumal der Förderantrag erst im Mai 2008 gestellt worden sei.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

**NahStra/20090331/Ö6.2****Beschluss:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss beschließt im Rahmen des Kreisentwicklungskonzeptes das vorliegende Kreisstraßenbauprogramm 2010 – 2014 für den Ausbau der Kreisstraßen als Anweisung an die Verwaltung, die notwendigen Vorbereitungen zur Planung und Finanzierung der Maßnahme im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu treffen.

Das Kreisstraßenbauprogramm 2010 – 2014 ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss fasste den Beschluss einstimmig.

## **7. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/767/2009**

### **Protokoll:**

Kreisdirektor Petrauschke führte aus, dass von der Gemeinde Rommerskirchen noch eine Ergänzung eingebracht worden sei. Die Gemeinde beabsichtige, am Bahnhof in Rommerskirchen in den P + R-Platz und einen Busbahnhof zu investieren. Die Finanzierungsplanung des Nahverkehrsplanes werde dementsprechend ergänzt.

Ausschussmitglied Popien wies darauf hin, dass die Stadt Kaarst 24 P + R-Plätze plane, die in der Investitionsplanung des Nahverkehrsplanes nicht enthalten sei.

Kreisdirektor Petrauschke erklärte, dass seitens der Stadt Kaarst dazu noch nichts vorgelegt worden sei, der technische Beigeordnete der Stadt Kaarst habe in der Sitzung der Kreisverkehrsgesellschaft aber mündlich darauf hingewiesen.

Ausschussmitglied Kirberg sprach die Realisierung der Anbindung der nördlichen Ortsteile von Rommerskirchen, die Qualität der eingesetzten Fahrzeuge und Fahrplanverzögerungen durch die weitläufige Umfahrung von Baustellen an.

Kreisdirektor Petrauschke erläuterte, dass die Realisierung einer Anbindung der nördlichen Stadtteile konkrete Vorschläge der Gemeinde als Besteller voraussetze. Die Verzögerungen bei Baustellen seien vor allem dadurch bedingt, dass es nicht leicht sei, Busse durch Baustellen zu führen.

Zur Sicherheit der Busse erklärte Kreisdirektor Petrauschke, dass diese öfter dem TÜV vorgeführt werden müssten als Pkws und auch die Polizei regelmäßig Kontrollen der Busse durchführe.

Zu den Fragen im Hinblick auf die Finanzierungsplanung (Begrenzung der Aufwendungen) erläuterte Kreisdirektor, dass man bei gewünschten Mehrverkehren überlegen müsse, ob man nicht eine andere Linie einstelle oder alternative Bedienungsformen einsetze.

In den vergangenen Jahren habe man beispielsweise auch überlegt, ob man Schüler-spezialverkehre durchführe oder ob man den Schülerverkehr in die Linie integriere. Man könne auch Anrufsammeltaxen oder Bürgerbusse anstelle von Linienverkehr einsetzen.

Ausschussmitglied Boestfleisch stellte die Frage, was die Anmerkung „Linie dient vorrangig der Schülerbeförderung“ bedeute.

Kreisdirektor Petrauschke führte aus, dass es sich um ehemaligen freigestellten Schülerverkehr handele, der in Linienverkehr überführt worden sei.

Diesen könne jeder normale Fahrgast mit seinem Fahrausweis nutzen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Ausschussvorsitzender Fischer den Tagesordnungspunkt.

## **NahStra/20090331/Ö7**

### **Beschluss:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Teilfortschreibung des Nahverkehrsplanes 2008 – 2013 für den Rhein-Kreis Neuss wie vorgelegt zu beschließen.

Die Teilfortschreibung ersetzt die bisherigen Kapitel 5 (Maßnahmenprogramm) und 7 (Finanzierungsplan) des Nahverkehrsplanes für den Rhein-Kreis Neuss.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss fasste den Beschluss einstimmig.

## **8. Mitteilungen**

### **Vorlage: 66/790/2009**

#### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Fischer sagte, dass der Bericht der Kreispolizeibehörde über die Entwicklung des Verkehrsunfallgeschehens im Jahre 2008 den Mitgliedern des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses zur Kenntnisnahme zugesandt worden sei und bat hierzu um Wortmeldungen.

Von mehreren Mitgliedern des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses wurde angeregt, zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, an den Stellen, wo Zuwächse von Unfällen zu verzeichnen sind, zu analysieren, ob dort zur Verbesserung der Verkehrssituation bauliche oder verkehrliche Maßnahmen notwendig sind.

### **8.1. Bericht aus Gremien VRR und KMN**

#### **Protokoll:**

Kreisdirektor Petrauschke teilte mit, dass man eventuell am kommenden Freitag beim VRR einen Beschluss zum Rechtsstreit mit der DB fassen werde, nach dem die Kosten für die Kommunen nicht wesentlich steigen und eine wesentliche Kürzung des Angebots vermieden werde.

Ausschussmitglied Holler äußerte, dass er nicht so optimistisch sei. Er wies auch darauf hin, dass der Landesfinanzminister beim Ressort des Verkehrsministers 50 Millionen einsparen wolle.

Er bitte darum, dem Sitzungsprotokoll den Qualitäts- und den Stationsbericht des VRR beizufügen.

Kreisdirektor Petrauschke sagte dies zu.

## 9. Anfragen

### Protokoll:

Ausschussmitglied Holler teilte mit, dass der ADFC Ende Juni eine Sternfahrt nach Düsseldorf durchführe. Er bat, die Mitglieder des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses sich an dieser Sternfahrt zu beteiligen um zu dokumentieren, dass der Rhein-Kreis Neuss ein fahrradfreundlicher Kreis sei. Das genaue Datum sollte die Verwaltung in der Niederschrift mitteilen.

### Anmerkung der Verwaltung:

Die 2. Düsseldorfer Sternfahrt findet am 27.06.2009 statt.

Details mit allen Startpunkten und -zeiten:

[www.adfc-nrw.de/kreisverbaende/kv-duesseldorf/radverkehr/duesseldorf/sternfahrt.html](http://www.adfc-nrw.de/kreisverbaende/kv-duesseldorf/radverkehr/duesseldorf/sternfahrt.html).

Ausschussmitglied Igné fragte, wer für die Aufstellung des Amphibienschutzzaunes an der K 10 bei Noithausen zuständig sei, da es dort in diesem Jahr zu Problemen gekommen sei.

Kreisbaudirektor Lenzen antwortete, dass in den letzten 20 Jahren die Stadt Grevenbroich mit Freiwilligen den Amphibienschutz durchgeführt habe. Der Kreis als Straßenbaulastträger sei nicht verpflichtet nachträglich bauliche Änderungen für einen Amphibienschutz, der im übrigen mit erheblichen Kosten verbunden sei, durchzuführen. Es müsse weiter möglich sein, wie in den vergangenen Jahren, den Amphibienschutz zu gewährleisten.

Ausschussmitglied Drüll teilte mit, dass an der Kreuzung L 381/Konrad-Adenauer-Straße in Korschenbroich erhebliche Bodenwellen bestünden, die von einer Kanalbaumaßnahme aus dem Jahr 2006 stammten. Er sei von Anwohnern gebeten worden, für die Beseitigung dieser Bodenwellen sich einzusetzen.

Kreisbaudirektor Lenzen sagte, man werde ein entsprechendes Schreiben dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederlassung Mönchengladbach in der Angelegenheit zukommen lassen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Horst Fischer um 17:10 Uhr die Sitzung.

**Horst Fischer**  
Vorsitzende/r

**Hubert Lesaar**  
Schriftführer/in